

# PRESSEMITTEILUNG

6. April 2022

## EZB-Bericht zeigt: Pandemie hat Integration der Finanzmärkte im Euro-Währungsgebiet nicht beeinträchtigt

- Durch das Zusammenspiel von finanzpolitischen und geldpolitischen Maßnahmen konnte die Fragmentierung der Finanzmärkte während der Pandemie in Schach gehalten werden.
- Eine weiter fortschreitende Integration der Finanzmärkte ist unabdingbar für die Wirtschaft und den Finanzsektor des Euroraums.
- Die Aktienmärkte in der EU bedürfen weiterer Impulse für die Finanzierung des ökologischen und digitalen Wandels.

Die zu Beginn der Corona-Pandemie (Covid-19) beobachtete Fragmentierung der Finanzmärkte hat sich verhältnismäßig rasch wieder umgekehrt, wie die Europäische Zentralbank (EZB) in ihrem jüngsten [Bericht über die Integration der Finanzmärkte und die Struktur des Finanzsektors im Euroraum \(„Report on Financial Integration and Structures in the Euro Area“\)](#) mitteilt. Nachdem die Integration der Finanzmärkte wieder das vor der Pandemie verzeichnete Niveau erreicht hatte, nahm sie weiter zu und hielt dem Druck der nachfolgenden Pandemiewellen stand. Dass die Fragmentierung zunächst in Schach gehalten und die Finanzmarktintegration anschließend wieder auf das Vorpandemieniveau zurückgeführt werden konnte, war in erster Linie dem geldpolitischen Maßnahmenpaket der EZB und der Verständigung der Europäischen Union (EU) auf einen umfangreichen Aufbaufonds zur Bewältigung der Pandemiefolgen zu verdanken.

Der EZB-Bericht über die Integration der Finanzmärkte und die Struktur des Finanzsektors im Euro-Währungsgebiet erscheint alle zwei Jahre und beschäftigt sich schwerpunktmäßig mit der Integration der Finanzmärkte, Veränderungen der Struktur des Finanzsektors und dem Prozess der finanziellen Entwicklung und Modernisierung. Außerdem werden darin ausgewählte finanzsektorspezifische Maßnahmen diskutiert, vor allem solche, die die Bankenunion und die Kapitalmarktunion in Europa betreffen. Damit liefert der Bericht einen Beitrag zur Debatte über die Frage, wie die europäische Wirtschafts- und Währungsunion vertieft werden kann.

Dank der entschlossenen Politikreaktionen konnte die Finanzierung der Unternehmen und privaten Haushalte im Euroraum während der Pandemie aufrechterhalten werden, wenngleich dazu eine

deutliche Erhöhung der Staatsverschuldung notwendig war. Zur Stabilisierung von nichtfinanziellen Kapitalgesellschaften trug neben den finanzpolitischen Maßnahmen und Garantien noch ein weiterer Faktor bei: So schichteten diese Unternehmen ihren Finanzierungs-Mix rasch um und nahmen verstärkt Kreditlinien der Banken in Anspruch oder begaben Schuldverschreibungen. Diese Umschichtung wurde durch die geldpolitischen Maßnahmen ebenfalls erleichtert. Die Finanzintermediation durch den Nichtbankensektor nahm weiter zu. Ein besonders starkes Wachstum war bei Investmentfonds, vor allem bei Aktienfonds, zu verzeichnen.

Die Coronakrise hat die Risikoteilung im Privatsektor zwischen den Euro-Ländern erheblich behindert, sodass dieser Vorteil der Finanzmarktintegration und finanziellen Entwicklung nur eingeschränkt zum Tragen kommen konnte. Umfangreiche finanzpolitische Initiativen auf EU-Ebene wie das Aufbauprogramm „NextGenerationEU“ und die drei Sicherheitsnetze für Unternehmen, Arbeitsplätze und Arbeitnehmer trugen maßgeblich dazu bei, die Risikoteilung zwischen den Mitgliedstaaten aufrechtzuerhalten und die Störungen der privaten Finanzierungskanäle auszugleichen.

Das Aufbauprogramm „NextGenerationEU“ bietet die historisch einmalige Möglichkeit, die privaten Risikokapitalmärkte im Euroraum und in der EU auf ein mit anderen großen Volkswirtschaften vergleichbares Niveau zu bringen. Um ausreichende Innovationen sicherzustellen und die Voraussetzungen für die Finanzierung des ökologischen und digitalen Wandels sowie für andere technologische Übergänge zu schaffen, müssten private Anstrengungen ausgeweitet und mit staatlichen Kräften gebündelt werden. Die Corona-Pandemie und die jüngsten geopolitischen Ereignisse haben erneut gezeigt, wie wichtig es ist, den Übergang zu einer ökologischeren und zugleich stärker digitalisierten Wirtschaft zu beschleunigen.

Die Vollendung der Bankenunion und die Erzielung wesentlicher Fortschritte bei der Kapitalmarktunion sind nach wie vor von großer Bedeutung.

Mit der Umsetzung des Aktionsplans 2020 zur Kapitalmarktunion könnten spürbare Fortschritte in der Entwicklung und Integration der europäischen Märkte für öffentliches und privates Beteiligungskapital erzielt werden. Dazu zählen insbesondere die Einrichtung des digitalen zentralen europäischen Zugangsportals (European Single Access Point – ESAP), die Überprüfung der Vorschriften für Börsennotierungen in der EU sowie die Überarbeitung der Regulierungsrahmenwerke für Fonds und Versicherer. Grund dafür ist, dass die Umsetzung des Aktionsplans einen wichtigen Beitrag dazu leistet, die umfangreichen technologischen Transformationen, die notwendig sind, zu ermöglichen. Auch das Vorhaben, Insolvenzrahmenwerke effizienter zu gestalten und über die Mitgliedstaaten hinweg zu harmonisieren, muss weiterverfolgt werden. Noch stärkere Bemühungen werden erforderlich sein, um EU-weite Strukturen für dynamisches Beteiligungskapital zu schaffen. Dies könnte etwa erfolgreiche Unternehmen in ihrer Aufbau- und Skalierungsphase unterstützen.

Die Verfahren zur Begebung von Anleihen müssen ebenfalls weiter integriert und harmonisiert werden, um Kosten zu senken und Investoren eine stärkere Diversifizierung über alle EU-Länder

hinweg zu ermöglichen. Da eine nationale und grenzüberschreitende Konsolidierung im Bankensektor dazu beitragen könnte, die strukturell schwache Ertragskraft der Banken zu erhöhen und der Fragmentierung der Kreditmärkte im Privatkundengeschäft entgegenzuwirken, sollte eine Beseitigung der noch bestehenden regulatorischen Hürden in Erwägung gezogen werden.

Zusammen mit dem Bericht wird ein statistischer Anhang im Online-Format bereitgestellt. Seit März 2020 veröffentlicht die EZB zweimal jährlich [Indikatoren](#) zur Finanzmarktintegration und zur Struktur des Finanzsektors.

**Medianfragen sind an [Silvia Margiocco](#) zu richten (Tel. +49 69 1344 6619).**

**Europäische Zentralbank**

Generaldirektion Kommunikation

Sonnemannstraße 20, 60314 Frankfurt am Main, Deutschland

Tel.: +49 69 1344 7455, E-Mail: [media@ecb.europa.eu](mailto:media@ecb.europa.eu)

Internet: [www.ecb.europa.eu](http://www.ecb.europa.eu)

*Nachdruck nur mit Quellenangabe gestattet.*